

## Kernforderungen der SU Berlin im Wahlprogramm der CDU Berlin 2021, Bildung

### 1. Gutes und sicheres Gehalt für gute Arbeit!

Bildung ist Ländersache und auch die Verbeamtung von Lehrkräften ist Ländersache. Das Berliner Bildungssystem steht im ständigen Wettbewerb mit den Bildungssystemen der anderen Bundesländer. Da Berlin das einzige Bundesland ist, in dem keine Lehrer mehr verbeamtet werden, entscheiden sich immer mehr Lehrer dazu, in anderen Bundesländern zu unterrichten, in denen ihnen eine Verbeamtung und ein besseres Einkommen versprochen werden. Daraus resultiert für Berlin ein Mangel an Lehrpersonal. Gerade Berlin ist für Studenten (darunter auch für jene, die Lehramt studieren) ein attraktiver Ort, an dem jedoch noch ein Lehramtsstipendium fehlt. Leider entscheiden sich viele nach dem Studium gegen die Ausübung des Lehrberufs im Land Berlin, aufgrund der fehlenden Verbeamtung und des geringeren Gehalts. Es kann und darf nicht sein, dass in Berlin die schlechtesten Voraussetzungen für Lehrer und damit auch für Schüler herrschen. Wir halten es daher für sinnvoll, wenn alle Lehrer verbeamtet und besser bezahlt werden, nicht nur diejenigen, die an Brennpunktschulen unterrichten. Auch ein Lehramtsstipendium muss eingeführt werden.

### 2. Von 08/15 zu binär!

Die digitalen Kompetenzen von Lehrkräften müssen gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass regelmäßige, verpflichtende und weiterführende Kurse für Lehrerinnen und Lehrer angeboten werden, die den Umgang und die pädagogische Verwertung von digitalen Lerninstrumenten vermitteln.

Darüber hinaus muss das Land Berlin die Schulen bei der Beantragung der Gelder aus dem „DigitalPakt Schule“ unterstützen, um die finanziellen Rahmenbedingungen für die äußerst notwendigen Investitionen in die digitale Infrastruktur der Berliner Schulen zu schaffen und zusätzlich Mittel zur Verfügung stellen, sodass an jeder Berliner Schule mindestens ein IT-Beauftragter ansässig ist. Konkret muss in die folgenden Technologien und Räumlichkeiten investiert werden: Glasfaserausbau, interaktive Whiteboards, schulinterne Endgeräte, wie Tablets und Laptops, insbesondere Endgeräte für Schüler aus sozial-schwächeren Familien, sogenannte „Schul-Cloud“ und stabile WLAN-Netzwerke. Insbesondere ist es uns ein Anliegen, dass eine digitale Lernplattform, eine sogenannte „SchulCloud“, für alle Berliner Oberschulen entwickelt und in das Unterrichtsgeschehen implementiert wird. Diese soll Lehrern, Schülern und Eltern durch einen digitalen Zugriff die Möglichkeit geben, außerhalb der Schule auf Lernmaterialien und Informationen, wie beispielsweise Hausaufgaben oder Stundenpläne, zuzugreifen.

### 3. Kompetenzen stärken- Unterricht fördern

Jeder Schüler hat unterschiedlich ausgeprägte Kompetenzen, diese gilt es auch möglichst individuell zu fördern. Daher plädieren wir klar für die Aufrechterhaltung der verschiedenen Schularten und sind klar gegen die Einführung einer Einheitsschule.

Um die Schülerinnen und Schüler besser auf die digitalen Herausforderungen unserer Zeit vorzubereiten, wollen wir zum einen den ITG Unterricht auf ein Jahr verlängern und möglichst früh in die Mittelstufe eingliedern, um Grundinhalte der Informationstechnik zu unterrichten. Zum anderen fordern wir anschließend verpflichtenden Informatikunterricht, in dem wichtige Grundlagen des Programmierens gelehrt werden. Seit Jahren verfügen Schulabgängerinnen und Schulabgänger über schlechte Kenntnisse im wirtschaftlichen Bereich. Das wollen wir ändern, indem wir das Fach Politik um Wirtschaftsinhalte und Rechtsinhalte erweitern. Hier werden die Schülerinnen und Schüler die Grundlagen der VWL und BWL sowie elementare lebenspraktische Kompetenzen- wie das Anfertigen

einer Steuererklärung- lernen und verstehen, wie man ein eigenes Unternehmen gründet und hierfür die wichtigsten rechtlichen Kenntnisse erwerben.

Da demokratisches Bewusstsein schon in der Schule beginnt, fordern wir verbindliche Besuche von Abgeordnetenhaus, Bundestag und Bundesrat sowie bedeutender Gedenkstätten des Zweiten Weltkriegs und des DDR-Unrechts für alle Schülerinnen und Schülern im Laufe ihrer Schullaufbahn. Im Rahmen der Projektwoche „Demokratie und Verantwortung“ sollen Schüler mit verantwortlichen Abgeordneten ins Gespräch kommen.

Das Berliner Abgeordnetenhaus soll nach dem Vorbild des Deutschen Bundestages ein Planspiel „Jugend im Parlament“ veranstalten, zu dem Schüler eingeladen werden, die sich durch besonderes Engagement und besondere Leistungen auszeichnen.

#### 4. Direkt ans Ziel - keine Zeitverschwendung!

Wir fordern, Gymnasiasten die „Mittlere Reife“ automatisch mit Versetzung in die 11. Klasse zu verleihen. Dies wirft bezüglich unterschiedlicher Bildungswege keine Ungerechtigkeiten auf. Das Anforderungsniveau der Sekundarstufe I ist an Gymnasien ohnehin zweifellos höher als in den gleichen Jahrgangsstufen der Sekundarschulen, sodass dies einem „Erwerb“ durch die auf dem Zeugnis dokumentierten Leistungen gleichkommen wird. Dennoch werden Gymnasiastinnen und Gymnasiasten gegen Ende der 10. Klasse mit den MSA-Prüfungen unnötigerweise unter Druck gesetzt, die zugleich für die Lehrkräfte mit erheblichem Aufwand verbunden sind.

Präsentationsprüfungen fördern das eigenständige wissenschaftliche Arbeiten sowie rhetorische Fähigkeiten, welche nicht zuletzt auch für die fünfte Prüfungskomponente von großer Bedeutung sind. Ihr Erhalt ist daher unerlässlich. Der Befürchtung, dass man mit Abgehen zu Beginn der 11. Klasse der Prüfung so entgehen könnte, lässt sich entgegenwirken, indem man seine Vergabe an einen Notenschnitt koppelt (z.B 3,9).

#### 5. Damit auch die Kleinsten lernen!

Wir fordern, den Besuch einer Kindertagesstätte ab dem 3. Lebensjahr zu verpflichten. Dort sollen die Kinder nicht nur die sozialen Kompetenzen erlernen, sondern auch langsam an das Thema Bildung - in Form einer Vorschule - herangeführt werden, indem sie dort in den Bereichen Kunst, Musik, aber auch sportlich gefördert werden. Außerdem ist diese Verpflichtung besonders zum Vorteil von Kindern mit Migrationshintergrund, bei denen die deutschsprachigen Kenntnisse weniger gut ausgeprägt sind. Generell aber soll dort das Sprachniveau aller Kinder so erreicht werden, sodass sie später für den Schulbesuch befähigt sind.

#### 6. Der Mensch fängt nicht erst beim Abitur an!

Das duale Ausbildungssystem Deutschlands ist einmalig und eine wesentliche Grundlage für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dennoch bleibt die dringende Frage, wie der Bedarf an Fachkräften gedeckt werden kann. Der aktuelle Trend bei Schulabsolventen lässt oftmals ein Studium in den Vordergrund fallen. Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt und eine zu große Diskrepanz zwischen Berufsangeboten und Berufsinteressen der Jugendlichen verschärfen diesen Trend. Daher fordern wir, dass Betriebe, öffentliche Verwaltung und Tarifpartner für genügend Ausbildungsplätze, eine leistungsgerechte Bezahlung, Durchlässigkeit der Laufbahnen und qualifizierte Fort- und Weiterbildung sorgen.

In einer digitalisierten und globalisierten Welt sollte jeder Auszubildende eine grundlegende Ausstattung- wie zum Beispiel einen Laptop oder ein Tablet- besitzen. Ebenso müssen auch hier zeitnah Schulungen im Bereich Digitalisierung für Lehrkräfte stattfinden, um eine sinnvolle Form des Unterrichts mithilfe von neuen Endgeräten zu gestalten. Auszubildende sollen zudem einen

einheitlichen Anspruch auf Fahrgeld erhalten, welches über eine Kilometerpauschale- oder über das Erstaten der Tickets für den öffentlichen Nahverkehr abgerechnet wird. Für kleine Unternehmen, die die dadurch entstehenden Zusatzkosten nicht ohne weiteres stemmen können, müssen Förderungen durch den Berliner Senat erfolgen. Allgemein fordern wir, dass Auszubildende, die oftmals von einem niedrigen Ausbildungsgehalt leben müssen, vom Staat finanziell entlastet werden. Es muss deutlich werden, dass wir als Gesellschaft eine Ausbildung mindestens genauso wertschätzen wie ein universitäres Studium.

*Xxxx Ende Kurzwahlprogramm xxxX*

#### 7. Teamplayer statt Einzelkämpfer!

Stellen sich junge Menschen für einen begrenzten Zeitraum in den Dienst der Gesellschaft, hat dies nicht nur positive Auswirkungen auf unser Land, sondern auch auf die Diensttuenden selbst. Gerade in Zeiten, in denen die Menschen vorwiegend ihre eigenen Interessen im Blick haben, bieten Gemeinschaftsdienste für junge Menschen die Möglichkeit, Verantwortung für andere und das Gemeinwesen zu übernehmen und so eine auseinanderdriftende Gesellschaft wieder zusammen zu führen. Eine solche Zeit muss nicht als Verlust verstanden werden, vielmehr sammeln Menschen nach Abschluss ihrer Schulzeit wichtige Lebenserfahrung über alle Milieugrenzen hinweg, und erhalten Orientierung für richtungsweisende Entscheidungen ihres Lebens. Daher fordern wir die Einführung eines Dienstjahres im Sinne des Miteinanders!

#### 8. Schülerschein der Zukunft

Der moderne Schülerschein übernimmt nach Vorbild des Studentenausweises viele verschiedene Funktionen auf einmal. Ähnlich dem im Studentenausweis inkorporiertem Semesterticket, könnte auch er das BVG-Schülerticket miteinbeziehen. Zudem sollte er technologisch so beschaffen sein, dass er zur Datenspeicherung genutzt werden kann. Daran anknüpfend, könnte er als Ausweiskarte vielfältig Funktionen übernehmen, etwa als Regelung des Zugangs zu schulischen Einrichtungen, als Funktion eines Bibliotheksausweises, zur Anwesenheitskontrolle oder auch als Bezahlkarte in der Mensa. Ein derartiger Schülerschein könnte als Schlüsselfunktion das Fundament für einen digitalisierten Schüleralltag an allen Schulen legen.

#### 9. Damit es endlich aufhört zu brennen!

Auch die Schüler an Brennpunktschulen müssen etwas lernen und ihr Menschenrecht auf Bildung effektiv wahrnehmen können! Doch kann dies bei abnehmendem Respekt vor den Lehrern und Lehrerinnen sowie bei zunehmender Gewalt erfolgen? Nein! Wir fordern daher die Erarbeitung von individuellen Lösungen für alle Brennpunktschulen. Moderne Kamertechnik und professionelle Sicherheitsdienste müssen genutzt werden dürfen. Grundlegend ist dabei auch eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.

Die Brennpunktzulage ist gut gemeint, aber schlecht ausgearbeitet und entfaltet daher kaum ihre angedachte Wirksamkeit. Wir fordern dieses kostenintensive Programm einzustellen und das Geld für andere Maßnahmen aufzuwenden, beispielsweise für eine praxisorientiertere Lehramtsausbildung oder für saubere und sanierte Schulgebäude.

## 10. Die Deutsche Bildungseinheit!

Wir fordern einheitliche und verbesserte Bildungsstandards in Bezug auf die Abiturprüfungen.

Der Bildungsföderalismus ist ein Grundstein unserer Verfassung. Es kann aber nicht sein, dass nicht alle Schüler in Deutschland ein gleichwertiges Abitur erhalten. Zudem fordern wir mehr Diversität und Themenauswahl in Hinsicht auf das Abitur. Das Abitur sollte zielorientierter werden und sich mehr auf das spätere (Berufs-)Leben konzentrieren. Außerdem sind die Abiturschwerpunkte so zu ändern, dass eine adäquate Themenvorstellung für die Schüler ermöglicht wird. Wichtig für einen einheitlichen Abiturstandard ist eine Orientierung an einem hohen Bildungsniveau. Dazu gehört auch, verpflichtende Prüfungen in den Fächern Deutsch und Mathematik durchzuführen.

## 11. Starke Gymnasien für starke Schüler!

Das Gymnasium ist eine besondere Schulform. Hier konzentrieren sich die Schüler schon mit dem Beginn der siebenten Klasse darauf, einmal diese Schule als Abiturienten zu verlassen. Wir fordern, die Noteninflation zu beenden und das Niveau des Abiturs anzuheben. Dadurch steigen natürlich auch die Anforderungen an die Schüler. Damit die Schüler den neuen Anforderungen gerecht werden können, halten wir es für unabdingbar, die gymnasiale Empfehlung verpflichtend wieder einzuführen.